

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Armut im Sozialstaat

CARITAS HEUTE:
Nicht mehr erwünscht

Der größte ehrenamtliche Betreuungsverein
in NRW macht dicht

BISTUMSSPIEGEL

Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas

ISSN 1617-2434
G 5546





Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zu Beginn des Jahres 2000 beauftragte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung, einen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstatten. Das neue Jahrtausend war ohne Katastrophen gestartet, die Wirtschaft brummte, der Export kochte, die Aktienkurse stiegen auf gigantische Gipfel. Da konnte man es sich auch schon einmal leisten, über Armut nachzudenken. Am 25. April 2001 legte das Bundeskabinett in Berlin den ersten Armuts- und Reichtumsbericht einer Bundesregierung vor.

Heute hat die Krise alle Bereiche des Gemeinwesens erfasst. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist ungebrochen, die Gesundheitskosten lassen sich nicht in den Griff bekommen, der PISA-Schock hat Bildungskrater ungeahnter Ausmaße aufgedeckt. Und wir bekommen immer mehr Zusammenhänge in den Blick: Armut verschärft die Bildungskrise. Arm sein macht krank, und krank sein macht arm. Die Menschen brauchen Arbeit und Perspektive, um für sich und andere zu sorgen. Familien müssen gestärkt werden. Der Staat

scheint überfordert, viele Menschen fühlen sich hilflos und verängstigt.

„In der Krise bekämpft man nicht mehr die Armut, sondern die Armen“, sagen Zyniker. Konkret: Arbeitslosenhilfe soll abgesenkt werden, Kündigungsschutz soll aufgeweicht werden, Eigenbeteiligung bei Krankheit soll erhöht werden, Rentenversicherung steigt – die Vorschläge scheinen endlos. Alle Maßnahmen sollen letztendlich die Wirtschaft in Gang bringen, den Staat entlasten und damit allen helfen. Nur: Sie treffen auch Menschen, die arm dran sind. Am Ende. Ohne Kraft, ohne Lobby. Mitten unter uns.

Die Caritas kann nicht schweigen. Sie maßt sich nicht an, bessere Rezepte zu haben. Aber sie sieht die Menschen, die Betroffenen, die Armen. Das christliche Prinzip der Hoffnung, der Glaube an das Gute und der Einsatz für eine gerechte Welt sind Motivation, „Caritas“, also „Liebe“ wörtlich zu nehmen und umzusetzen.

Ihr



Markus Lahrman
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis

Titelbild:
Foto: Achim Pohl



Arm dran 4
Armut ist in NRW weit verbreitet.

Ziele umsetzen! 8
Die Situation ist bekannt, Aktionspläne liegen vor. Es fehlt der Wille zur Veränderung.

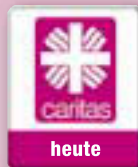
Arm trotz Arbeit 12
Ein Arbeitsplatz muss die Existenz sichern, sonst lohnt sich Arbeiten nicht.



Nicht mehr erwünscht 16
Die Streichung von Zuschüssen für ehrenamtliche Betreuungsvereine führt zum Rückzug der Wohlfahrtsverbände.



Am besten klebt der Trabbi 19
Wohlfahrtsmarken sind Spenden in kleinsten Raten.



Caritas rückt zusammen 20
Gemeinsame Ausbildung zum Altenpfleger im Grenzraum Deutschland/Holland.

Hartes Ringen 22
Die Zukunft der europäischen Sozialpolitik liegt zwischen Daseinsvorsorge und Wettbewerb.



Aachen	26	Münster	39
Essen	30	Paderborn	44
Köln	34		



Medientipps	50
Impressum	50



Schwerpunkt



Foto: Pohl

Arm dran

Armut ist in Nordrhein-Westfalen weit verbreitet

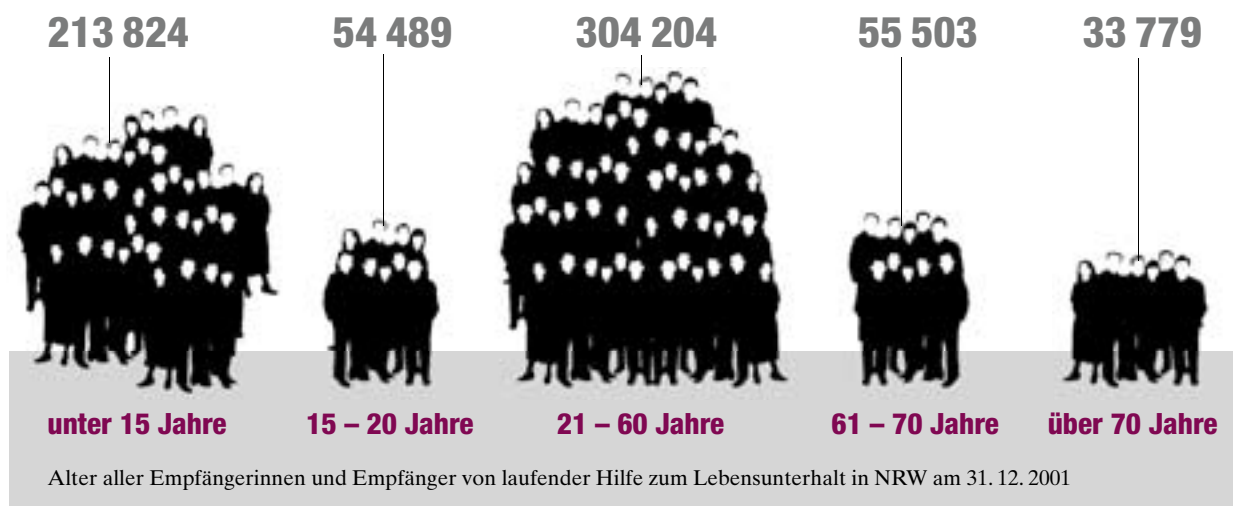
Von Winfried Risse

Jedes siebte Kind in Nordrhein-Westfalen ist arm. Die Arbeitslosenzahlen steigen. Das Sozialsystem der Bundesrepublik droht zu zerbrechen, weil es anscheinend nicht mehr finanzierbar ist. Den Kommunen droht der Kollaps.

Angesichts der derzeitigen Meldungen in der Presse und der allgemein spürbaren Atmosphäre von Ausichtslosigkeit ist die Bekämpfung und Verhinderung von Armut und die Integration sozial Ausgegrenzter für die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen und die Caritas im Besonderen eine große Herausforderung.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen, dass in Nordrhein-Westfalen mit Abstand die höchsten Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz entstanden. Interessant ist auch ein Vergleich zwischen ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern. Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass es im Osten eine geringere Einkommens-Ungleichheit gibt als im Westen. Zudem waren im Osten – gemessen an der für Ostdeutschland „regional“ definierten Armutsgrenze – weniger Personen von Armut betroffen als im Westen. Für Menschen, die schon einmal arm waren, ist die Wahrscheinlichkeit, wieder unter die Armutsgrenze zu gelangen, in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland.

Um die Situation in NRW gezielter analysieren zu können, ist es zunächst wichtig, deutlich zu machen, welche Personengruppen besonders betroffen sind:



*Armut ist jung –
Sozialhilfeempfänger
nach Altersgruppen.*

*Grafik: Alexander Schmid
Quelle: Statistisches Jahr-
buch NRW 2002*

- allein Erziehende und Frauen
- kinderreiche Familien mit geringem Arbeitseinkommen
- kinderreiche Familien mit höherem Einkommen, das aber nicht bedarfsdeckend ist
- alte Menschen, insbesondere Migranten, die nur über einen geringen Rentenanspruch verfügen und keinen Antrag auf Grundsicherung stellen
- Männer und Frauen mit unzureichender Ausbildung und beruflicher Qualifikation
- Menschen, die aufgrund einer Behinderung keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben
- Menschen mit schwierigen persönlichen und beruflichen Biografien, die vielfach auf der Straße landen
- Arbeitslose

Im Januar 2003 waren nach Angaben des Landesarbeitsamtes 889 380 Menschen ohne Arbeit. Die Quote lag bei 10,2 Prozent. Dabei gibt es große regionale Unterschiede: So hatte Bonn mit 7,5 Prozent die niedrigste Rate in ganz NRW, während sie in Gelsenkirchen bei 15,6 Prozent lag. Die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren stieg im Anfang des Jahres kräftig auf 101 420. Das waren elf Prozent mehr als im Vormonat und vier Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Ebenfalls ist ein Anstieg der Arbeitslosen unter den Personen 55 Jahre und älter und den Langzeitarbeitslosen von 3,2 und 3,7 Prozent zum Vormonat zu verzeichnen.

Ein Drittel der Sozialhilfeempfänger ist unter 15 Jahre alt

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten im Jahr 2001 661 799 Personen, davon 213 824 unter 15 Jahren. Das bedeutet, dass 32,3 Prozent aller Sozialhilfebezieher Kinder und Jugendliche sind. Sie erleben in ihren Entwicklungsjahren, dass sie auf lebensnotwendige Unterstützung staatlicher Stellen angewiesen sind, und können nur ganz eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Sicherlich sind im Einzelfall Anträ-

ge an das Sozialamt möglich, und der oder die Einzelne erhält dann auch zusätzliche Mittel im Rahmen der einmaligen Leistungen, aber hierzu sind gesonderte Anträge und Begründungen notwendig. Besonders Kinder und Jugendliche sind darauf angewiesen, dass ihre Eltern die für sie notwendige Fürsorge entfalten, damit sie zu ihren Rechten kommen. Häufig ist dies aber aufgrund von Hilflosigkeit, Unkenntnis, Scham, Analphabetismus, mangelnder Kenntnis der deutschen Sprache, Sucht- oder psychischen Erkrankungen nicht möglich. Aus der Statistik ist ebenso abzulesen, dass gerade Frauen im Alter von 25-50 Jahren überdurchschnittlich häufig Sozialhilfe empfangen. Zum Vergleich: 140 761 Frauen im Alter von 25-50 Jahren bezogen im Jahr 2001 Sozialhilfe, dagegen 79 004 Männer.

Not sehen und handeln

Was kann und muss die Freie Wohlfahrtspflege angesichts dieser Situation leisten, und was leistet sie bereits?

Die Freie Wohlfahrtspflege und die Caritas im Besonderen haben eine lange Tradition, sozial Ausgegrenzte fachlich und kompetent bei ihren Problemen zu unterstützen und ihnen so Integrationsmöglichkeiten zu bieten und den Wiedereintritt in die Armut zu verhindern.

Die Verbände vor Ort leisten oft den entscheidenden Beitrag. Durch sie ist der direkte Zugang zu den „Armen“, deren Problemen und Ressourcen gegeben. Das Leitbild „Not sehen und handeln“ wird hier auf die vielfältige Art umgesetzt. In der Schuldnerberatung, der Wohnungslosenhilfe, der Erziehungs- und Suchtberatung, der Allgemeinen Sozialberatung, der Migration, in Krankenhäusern, Arbeitslosenprojekten, Kindertageseinrichtungen, der Behinderten- und Altenhilfe, um nur einige zu nennen, wird in differenzierter Weise direkte, zeitnahe und niedrigschwellige Hilfe angeboten und angenommen. Viele Projekte und Konzepte entstanden und entstehen immer wieder auf



*Dr. Winfried Risse ist
Diözesan-Caritasdirektor
im Erzbistum Köln und
Vorsitzender der Projekt-
gruppe „Armut“ der
Landesarbeitsgemein-
schaft der Freien Wohl-
fahrtspflege NRW.*

► Den Autor erreichen
Sie unter winfried.risse@caritasnet.de



- dieser Basis, auch unter Beteiligung von Betroffenen und Ehrenamtlichen.

Dies zu erhalten und dafür zu sorgen, dass auch in wirtschaftlich desolaten Zeiten „Arme“ wahrgenommen werden und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird, ist und bleibt vorrangige Aufgabe der Caritas, auch im Verbund mit den anderen Trägern der Freien Wohlfahrtspflege.

Dialog auf Augenhöhe ist notwendig

Vor gut zwei Jahren wurde deshalb durch die Freie Wohlfahrtspflege eine Projektgruppe Armut unter Federführung des Diözesan-Caritasverbandes Köln eingerichtet. Sie hat das Ziel, die Veränderungen vom Wohlfahrtsstaat zum aktivierenden Sozialstaat zu beobachten, zu begleiten und Einfluss darauf zu nehmen, dass nicht die Schwächsten des Systems überfordert und aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden.

Der Dialog zwischen den Landesministerien und der Freien Wohlfahrtspflege ist ein wichtiger Beitrag, um ein soziales Nordrhein-Westfalen zu gestalten. Dass dies möglich ist, beweist der Vorstoß zur Veränderung

Karikatur: Plafmann



Armut ist weiblich



57,98 % Frauen

42,02 % Männer

Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in NRW am 31. 12. 2001

Quelle: Statistisches Jahrbuch NRW 2002

des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) zu Gunsten von Schwangeren und allein Erziehenden im vergangenen Jahr. Die Diözesan-Caritasverbände in NRW hatten nachdrücklich auf Schwachstellen des Gesetzes hinsichtlich der Situation der allein Erziehenden hingewiesen und so Anregungen zur Veränderung des BSHG entwickelt. Für das Jahr 2003 wird schwerpunktmäßig bei der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission darauf zu achten sein, dass benachteiligte Personen nicht vorschnell als „nicht erwerbsfähig“ abgestempelt werden, sondern angemessen gefördert werden. Vorgabe muss zunächst die Herstellung der Erwerbsfähigkeit oder – soweit dies nicht möglich ist – die Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sein. ◀

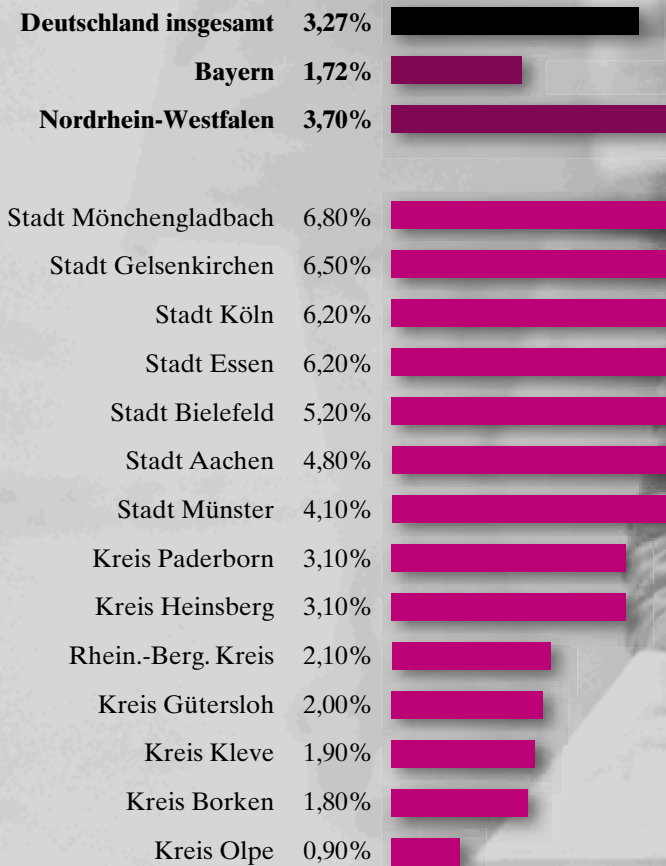
Armut

Bei der Definition von Armut unterscheidet man zwischen absoluter und relativer Armut.

Absolute Armut ist eine Mangelsituation, in der die Existenz des Menschen unmittelbar (durch Verhungern etwa) oder mittelbar (durch mangelnde Resistenz bei Erkrankungen) bedroht ist. Im Wohlfahrtsstaat werden als Maß für die Grenze der (absoluten) Armut die Regelsätze der Sozialhilfe genannt.

Relative Armut bedeutet die deutliche Unterversorgung mit materiellen und immateriellen Ressourcen, gemessen an den in einer Gesellschaft geltenden sozioökonomischen Standards eines „normalen“ gesellschaftlichen Lebens.

Armut in Städten und auf dem Lande



Empfänger/-innen von
laufender Hilfe zum Le-
bensunterhalt außerhalb
von Einrichtungen am
31. 12. 2001 in Prozent
der Einwohnerzahl.

Quelle: Statistisches
Jahrbuch NRW 2002
Foto: Pohl

Alltagsgeschichten

Axel, der Taxifahrer – Umzug mit dem Taxi

Diese Geschichte ist schon älter, hat aber einen re-
ellen Bezug, weil es Axel immer noch gibt und er
immer noch Taxi fährt.

Er hatte sich trotz seines fortgeschrittenen Alters
neu verliebt, und aus dieser Liebe entstand ein Sohn.
Das bedeutet viel Glück für die Eltern, aber auch
viele Veränderungen. Eine neue Wohnung musste
her, Einrichtung dafür. Axel ist Frührentner, fährt
nebenher nachts Taxi, um die Rente „aufzubessern“.
Ich kenne seinen Chef, der Nachbar von Freunden
ist, und so wurde Axel für meine Freunde und mich
unser „Stammfahrer“. Bei den nächtlichen Fahrten
erzählt man viel, vor allem Taxifahrer und da vor
allem Axel. Er erzählte von seinen Sorgen bei der
Neueinrichtung der gemeinsamen Wohnung, dem

fehlenden Geld für manche Dinge, die notwendig
sind.

Im gleichen Zeitraum zog ich gerade um, hatte meine
nur wenige Jahre alte Waschmaschine „über“, da im
neuen Haus eine voll eingerichtete Waschküche ist.

Am Umzugstag sollte sie abgeholt werden, aber Axel
kam nicht, sondern sein Chef, weil Axel schlafen musste.
Der Chef kam mit dem Taxi, seinem Taxi. Dort hinein
verluden wir die Waschmaschine, auf dass sie viele Win-
deln und Kindersachen wieder säubert.

Woran ich überhaupt nicht gedacht hatte, waren meine
Nachbarn, die dann im Treppenhaus bissig bemerkten,
ich müsse doch über sehr viel Geld verfügen, dass ich
mir einen Umzug mit dem Taxi leisten könne. Da will
man Gutes tun, und dann das!



Rudi Löffelsend,
Pressesprecher der Caritas
im Ruhrbistum

► Den Autor
erreichen Sie unter
pressestelle@caritas-
essen.de



Ziele umsetzen!

**Die Situation ist bekannt, Aktionspläne liegen vor.
Es fehlt der Wille zur Veränderung.**

Von Rolf Lodde

Armut in Deutschland, Armut in Europa. Auch mehr als zehn Jahre nach den Armutsuntersuchungen von Wohlfahrtsverbänden Anfang der 90er Jahre hat dieses Thema – leider – nichts an Aktualität verloren.

Allerdings hat sich gerade unter europäischen Vorzeichen die Diskussion ausgeweitet. So geht es nicht mehr nur um den Versuch, Armut zu bekämpfen. Die Beschlüsse des Europäischen Rats im Dezember 2000 in Nizza haben zur Aufstellung nationaler Aktionspläne zur sozialen Eingliederung geführt. Inzwischen liegen Beschlüsse des EU-Ministerrates über die Zielsetzung der zweiten Generation dieser Pläne vor. Damit soll insbesondere in drei Bereichen „die Zielsetzung geändert werden, um ihre Bedeutung stärker hervorzuheben:

- die Notwendigkeit unterstreichen, dass die Mitgliedstaaten in den [Plänen] konkrete Ziele festlegen, um bis 2010 die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen erheblich zu verringern;
- die Wichtigkeit betonen, dass die Geschlechterfrage vollständig in die Entwicklung, Umsetzung und Überwachung der [Pläne] einbezogen wird;
- stärker hervorheben, dass bestimmte Männer und Frauen als Folge der Immigration besonders von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind“ (eapn-news Nr. 98).

Die Ziele legen fest, dass allen Bürgern der EU die Teilnahme am Erwerbsleben und der Zugang zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen möglich sein muss. Vorgebeugt werden soll den Risiken der Ausgrenzung. Dabei sollen alle relevanten Akteure mobilisiert werden, und in den Kampf gegen Ausgrenzung sind alle Politikbereiche einzubeziehen durch Mobilisierung der nationalen, regionalen und lokalen Behörden im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten, durch Anpassung der Verwaltungs- und Sozialdienste an die Bedürfnisse der ausgegrenzten Menschen.

Die Pläne der EU haben deshalb eine besondere Qualität, weil die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, ihre Prioritäten im Rahmen dieser Ziele festzulegen und auf nationaler Ebene Indikatoren und Überwachungsmechanismen festzulegen, die eine Bewertung der Fortschritte ermöglichen.

Mit diesen europäischen Festlegungen ist es gelungen, den Kampf gegen Armut und Ausgrenzung aus der Beliebigkeit politischer Festlegungen herauszuholen und ihm in Europa und damit auch in Deutschland hohe Priorität einzuräumen.

Zahlen belegen, dass alle Verantwortlichen damit vor einer großen Herausforderung stehen. Der Datenreport 97 des Statistischen Bundesamtes weist seit 1993 einen Anstieg der Armutsraten in Westdeutschland nach. Im Jahr 1995 hatte „die Armutsrate einen neuen Höchststand von 13% erreicht. Gemessen an der 50%-Armutsschwelle beträgt die Armutsrate im langjährigen Durchschnitt etwa 11%. Etwa 6% der westdeutschen Bevölkerung leben 1995 in relativ strenger Einkommensarmut, und mehr als jeder fünfte Westdeutsche wohnt in einem Haushalt mit einem Einkommen im armutsnahen Bereich“ (Datenreport 97).



Foto: Pohl

Ungleichheit der Einkommen gestiegen

Entgegen aller Forderungen steigen die Zahlen weiter. So betrug nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) die Armutsquote im Westen im Jahr 2000 14,4 %. Sie ist damit übrigens doppelt so hoch wie in Ostdeutschland mit 7,3 %. Obwohl die Ungleichheit der Einkommen weiter gestiegen ist, hat dies im Osten nicht zu einem Anstieg der Armut geführt. Ein Grund dafür sind die im Osten höheren Ansprüche auf Lohnersatzleistungen. Nach Angaben des DIW lag die Armutsgrenze in 2000 im Osten bei rund 15 000 Mark pro Person und im Westen bei rund 16 000 Mark.

Auch die aktuellen Daten zeigen, dass immer noch die Gleichen von Armut bedroht oder zur Armutsbevölkerung zu zählen sind. Es sind dies besonders Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche sowie kinderreiche Haushalte, Migranten. Der zitierte Datenreport dokumentiert „eine ungleiche Verteilung des Armutsrisikos im Lebenszyklus. Kinder leben häufiger in von Armut betroffenen Haushalten als Erwachsene. Familienhaushalte mit drei und mehr Kindern sowie Einelternhaushalte sind überaus häufig von Armut betroffen. Dies gilt gleichermaßen für West- und Ostdeutschland. Mit 17 % ist die Armutsrate bei Einpersonenhaushalten im Alter von 46 bis 65 Jahren in Ostdeutschland im Jahr 1995 überaus hoch; in Westdeutschland besteht in der entsprechenden Gruppe keine Armut.“ Noch mehr als zur Zeit der ersten Armutsuntersuchung des Deutschen Caritasverbandes gilt also, dass vorwiegend bei Familien mit mehreren Kindern das Einkommen nicht ausreicht, den Lebensunterhalt sicherzustellen.

Kinderarmut liegt bei fast 20 %

Auf dieses Problem hat auch die Nationale Armutskonferenz (NAK) in ihrer sozialpolitischen Bilanz 2001 hingewiesen. Danach stieg der Anteil von Kindern und Jugendlichen an allen Sozialhilfeempfängern in den letzten Jahren auf heute rd. 37 % an. Von den rund 15,7 Mio. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren waren 1,075 Mio. oder 6,8 % im Jahr 1998 von Sozialhilfe abhängig oder wuchsen mit Sozialhilfe auf. Von insgesamt rund 3,461 Mio. deutschen Familien (Ehepaare, Paare und allein Erziehende) mit zwei Kindern sind 66 083 oder 2,23 % (Ehe-)Paare, dagegen aber 21,3 % (106 439) allein Erziehende im Sozialhilfebezug. Für (Ehe-)Paare und allein Erziehende mit drei und mehr Kindern erhöht sich der Grad der Betroffenheit auf 5,5 % bzw. auf 33,5 %. Die NAK hat eindringlich deutlich gemacht,

„ Je mehr Steuererleichterungen und Zuschüsse des Staates für kinderreiche Familien eingerichtet werden, desto eher besteht für diese Familien die Chance, ihre Kinder nicht in Armut aufwachsen lassen zu müssen.“

welche Folgen dies für Kinder und Jugendliche in den Bereichen Wohnen, Bildung Freizeit, Gesundheit und Ernährung hat. Nach wie vor ist die Lebensperspektive für viele Kinder und Jugendliche sehr düster (alle Zahlen aus der sozialpolitischen Bilanz 2001 der NAK). Auch der internationale Vergleich lässt Deutschland schlecht aussehen. „Auffallend ist, dass Kinder mit einem allein erziehenden Elternteil mehr von Armut betroffen sind als Kinder aus vollständigen Familien. In Tschechien, Deutschland und Luxemburg liegt das Armutsrisiko achtmal so hoch, in Norwegen und Kanada sechs- und in Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich und Schweden viermal so hoch, obwohl in Schweden der Anteil der mit nur einem Elternteil zusammenlebenden Kinder am höchsten ist (21,3 %). Obwohl es nahe liegt zu vermuten, dass Arbeitslosigkeit Kinderarmut mit sich bringt, gibt es auch hier Ausnahmen: In Finnland betragen die Arbeitslosigkeit 16 % und die Kinderarmut 6,9 %, wobei in den USA die Arbeitslosigkeit bei 5 %, aber die Kinderarmut über 22 % liegt. [...] Je mehr Steuererleichterungen und Zuschüsse des Staates für kinderreiche Familien eingerichtet werden, desto eher besteht für diese Familien die Chance, ihre Kinder nicht in Armut aufwachsen lassen zu müssen. Zum Beispiel wird durch diese Maßnahmen in Schweden und Frankreich 20 % Kinderarmut verringert, in England 16 % und in den USA 4 %. Auf Deutschland bezogen ergeben sich anhand dieser internationalen Vergleichsstudie folgende Zahlen: Mitte der 90er Jahre herrschte 10,7 % Kinderarmut. [...] Der Deutsche Kinderschutzbund schätzt den heutigen Prozentsatz auf fast 20 %“ (NAK nach einer UNICEF-Studie).

Wenn das Problem von Armut und Ausgrenzung in einem reichen Land wirksam bekämpft werden soll, so reicht die Formulierung von Zielen nach dieser Entwicklung der letzten zehn Jahre nicht aus. Ziele müssen umgesetzt werden, Aktionspläne müssen in angemessener Zeit verwirklicht werden. Die Herausforderung für die Freie Wohlfahrtspflege und damit auch für die Caritas liegt darin, dies besonders auf lokaler und regionaler Ebene einzufordern und aktiv zu begleiten. ◀



Rolf Lodde ist Generalsekretär des Sozialdienstes Katholischer Männer (SKM) und Mitglied der Nationalen Armutskonferenz.

► Den Autor erreichen Sie unter lodde@skmev.de



Schwerpunkt

Von der Hand in den Mund

Von Constantin Graf von Hoensbroech

„Es könnte klappen, die Perspektive ist gut“, meint Oliver Sch. nachdenklich und nimmt einen Schluck aus der Kaffeetasse. „Aber es darf nichts dazwischenkommen.“ Immer wieder hat der 34-Jährige überlegt, wie er mit seiner Familie aus der Schuldenfalle herauskommen könnte. Fast 15 000 Euro haben sich in den vergangenen Jahren an Verbindlichkeiten angesammelt.

Die Unbekümmertheit, mit der die kleinen Kinder der Familie mit ihren Bauklötzchen auf dem Teppichboden der Wohnung spielen, ist beneidenswert angesichts der Situation ihrer Eltern. Noch ahnen sie nichts davon, welche Schwierigkeiten und Sorgen das Leben bereithalten kann. „Wir versuchen die Kinder davon fern zu halten. Wir haben ‚Ja‘ zu drei Kindern gesagt, und für die wollen wir auch ganz da sein“, sagt die Mutter. Für die Eltern bedeutet dies, dass für eigene Bedürfnisse oder Unternehmungen kein Platz ist. Dabei würde Oliver Sch. gerne wieder richtig Fußball spielen.

So wie damals, als er so nach und nach in die verschuldete Situation gerutscht ist. Als seine Eltern sich scheiden ließen, kam Oliver in ein Heim. Sechs Jahre war er damals. Mit 18 verließ er die Realschule, hatte eine eigene Wohnung, fing eine Lehre an und hatte erstmals das Gefühl, „auf eigenen Füßen zu stehen“. Doch so richtig lief das nicht. „Musik und Fußball hatte ich vor allem im Kopf“, erinnert sich Oliver Sch. Außerdem wollte er mit den anderen ja mithalten. Die Kumpels waren meist alle noch zu Hause, während er für sich selber sorgen musste. Da hat er dann erstmals einen Kredit aufgenommen, 6 000 Mark. Mit 22 lernte er seine Frau kennen. Die brachte einen einjährigen Sohn in die Ehe mit und lebte von

Sozialhilfe. „Die haben wir dann schnell abgegeben, weil es für mich selbstverständlich war, den Unterhalt für uns drei zu übernehmen.“ Jahrelang arbeitete Oliver Sch. bei verschiedenen Firmen, aber finanziell kam er schlecht über die Runden. „Ich konnte nie mit Geld umgehen, das wurde mir schon im Heim gesagt“, merkt er selbstkritisch an. Neue Kredite aufgenommen. Noch mehr Gläubiger. Ein Teufelskreis.

Große Sprünge konnten er und seine Frau nie machen, man lebte von der Hand in den Mund und improvisierte.

Dabei hat Oliver Sch. immer gearbeitet. Bis auf vier Monate. Damals, vor sieben Jahren, als der Sohn seiner Frau beim Schlittenfahren auf einem zugefrorenen See einbrach und ertrank.

Mittlerweile hat er einen Job als Lagerverwalter in einem großen Unternehmen für Reinigungsmittel. Zwischen 1 500 und 1 700 Euro – je nach Überstunden – verdient er da.

Immer wieder einmal wurde der Lohn gepfändet, so wie letztes Jahr im Dezember. Auch bei den Banken gibt es keine Hilfe mehr. Der Lohn reicht nicht, um die Schulden abzutragen.

Beim Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) fand Oliver Sch. Hilfe. Und bei seinem menschenfreundlichen Arbeitgeber, der weiß, was er an seinem Angestellten hat. Deshalb will er für ihn

die Schulden übernehmen. Darauf hat der SKM alle Gläubiger von Oliver Sch. angeschrieben und ein Konzept vorgeschlagen, wie dieser es schaffen will, binnen der nächsten sechs Jahre seine Schulden zu begleichen. Sein Lohn geht an den SKM. Da trifft sich Oliver Sch. einmal im Monat mit seiner Schuldenberaterin, um zu rechnen und dann das mitzunehmen, was ihm für den Lebensunterhalt zusteht. „Wie gesagt: Die Perspektive ist gut, aber es darf nichts dazwischenkommen.“ ◀



Foto: Hoensbroech

In der Schuldenfalle

Von Constantin Graf von Hoensbroech

Ein neues Auto sollte es sein. Doch weil das Geld nicht reichte, wurde ein Kredit aufgenommen. Nichts Ungewöhnliches, doch für Familie Spieß begann so vor 16 Jahren der Weg in die Schuldenfalle. Der Kredit konnte nicht mehr bedient werden, die Familie hatte ein Kind, und das nächste war unterwegs.

Der Bitte um eine günstigere Rate wurde seitens der Bank nicht entsprochen. Schließlich könne die Frau, im siebten Monat schwanger, ja arbeiten gehen. „Und dann war kein Geld mehr für den Lebensunterhalt da“, erinnert sich Jürgen Spieß. Es folgte der Gang zum Sozialamt und eine widerwillige Bewilligung der Liste mit dem Lebensnotwendigen durch die Bank.

Verschiedene Jobs machte der ungelernte Arbeiter und Vater von vier Kindern durch. „Zwischenzeitlich konnte ich sogar eine höhere Rate bezahlen, um meinen guten Willen zu zeigen.“ Doch dann ging es nicht mehr. Neue Kredite wurden aufgenommen. Zwischenzeitlich scheiterte dann auch noch der Versuch seiner Frau, sich mit einer Pferdepension selbstständig zu machen. „Irgendwann kriegen Sie das nicht mehr hin“, sagt Irmgard Spieß. Mit rund 69 000 Euro ist die Familie nun verschuldet. Auf den ersten Blick kriegt das keiner mit.

Das Einfamilienhaus auf einer Anhöhe im kleinen Dorf Schevenhausen nahe Stolberg macht einen gepflegten Eindruck. Die Wohnstube mit dem Aquarium und dem Pferdegeschirr strahlt Behaglichkeit aus, im verglasten Ofen lodert ein munteres Feuerchen. „Das spart uns Heizkosten, und das Holz bekommen wir günstig aus der Nachbarschaft“, sagt Jürgen Spieß und legt noch einen Holzscheit auf.

Der 49-jährige ungelernte Arbeiter war nie arbeitslos. Seit seinem 14. Lebensjahr malocht er. Zurzeit im Schichtdienst als Maschinensteller in einem Industriebetrieb. 1 900 Euro beträgt sein Arbeitslohn, knapp an der Grenze des pfändbaren Einkommens. Leisten kann sich die Familie nichts, lebt am Existenzminimum. „Vom Lohn stehen uns 1 879 Euro zum Leben zu, für Miete, Lebensmittel, Heizkosten und anderes“, rechnet Spieß



vor. Immer wieder wurde der Lohn gepfändet. „Kurz vor Weihnachten standen wir vor der Frage: Überleben wir oder überleben wir nicht?“, sagt Irmgard Spieß, und sie sagt das sachlich, fast unterkühlt, ohne Pathos. Trotz einer später erwirkten Pfändungsaufhebung gab die Bank das Konto der Familie nicht frei. Dafür leitete die Bank eigenmächtig Zahlungen an die Gläubiger weiter, ohne dass die Familie davon wusste. „Wir wurden ausgenommen wie eine Weihnachtsgans.“ Mark Brülls vom SKM Stolberg, Schuldnerberater der Familie Spieß, kann bestätigen, „dass da von Bankenseite nicht alles korrekt abgelaufen ist“.

Nun soll die Verbraucherinsolvenz den Weg aus der Schuldenfalle bahnen. Sechs Jahre dauert das, genauer: Nach bestimmten Regeln führt ein Schuldner sein Einkommen an die Gläubiger ab. Danach wird ihm die Restschuld erlassen. Familie Spieß will das durchhalten. „Hauptsache, die Kinder leiden nicht, auch wenn es oft schwer fällt, meistens ‚Nein‘ zu sagen“, meint Irmgard Spieß, die es mitunter hart trifft, wenn sie wegen ihrer vier Kinder als asozial gilt. „Die Kinder sollen wissen, dass sie hier zu Hause sind, Geborgenheit und Sicherheit bekommen“, sagt sie und streicht dem achtjährigen Sohn Kim über den Kopf. „Schließlich gibt es Familien, denen geht es viel schlechter, oder sie sind zerrüttet.“ Vater Spieß nickt zustimmend und strahlt. Der zwölfjährige Dennis hat sein Halbjahreszeugnis nach Hause gebracht. Und das kann sich wirklich sehen lassen. „Na also, es geht doch aufwärts.“ ◀

Das Zeugnis kann sich sehen lassen. Doch immer häufiger bedeutet Armut in der Familie geringere Bildungschancen für die Kinder.

Foto: Hoensbroech



Arm trotz Arbeit

Ein Arbeitsplatz muss die Existenz sichern – sonst lohnt sich Arbeiten nicht, und die Moral sinkt

Von Ralf Welter

In Amerika gibt es immer mehr Menschen, für die ein Job zum (Über-)Leben nicht ausreicht. Immer mehr Menschen haben zwei oder mehr Jobs, manche leben trotzdem in Pappkartons. „Working poor“ lautet der unscharfe Begriff für ein Massenphänomen, das auch in Deutschland um sich greift.

Die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion wird von der These beherrscht, das Problem der Arbeitslosigkeit würde durch die (zu starke) Regulierung des Arbeitsmarktes und zu hohe Lohnkosten (insbesondere Lohnnebenkosten) verursacht. Dementsprechend besteht bei den Anhängern dieser These die Hoffnung, über „Deregulierung“ und eine Entlohnung gemäß dem „Wertschöpfungspotenzial“ des Arbeitnehmers eine Lösung zu finden.

Die Protagonisten dieser Überlegungen scheinen nicht zu registrieren, dass in einem großen Bereich der Arbeitswelt diese Idee schon umgesetzt wurde. „Scheinselbstständigkeit“, „Leih- bzw. Zeitarbeit“ (betroffen sind zurzeit ca. 300 000 Menschen), „325-Euro-Jobs“ (in der Gebäudereinigung zu 87 %, in Tankstellen 77 %, in der Werbung 67 %, in Restaurants und Cafés 50 %), erzwungene Teilzeitarbeit, Niedriglohnbereiche durch eine starke Aushebelung der Flächentarifverträge, befristete Tätigkeiten (z. B. in der öffentlichen Verwaltung 20 Prozent der Arbeitsplätze) sind inzwischen gängige Arbeitsverhältnisse.

Keine technische Frage

Man schätzt, dass 30 Prozent aller Arbeitsverhältnisse in diese prekären Einkommenssituationen fallen und mindestens 60 % aller Neueinsteiger in solche Arbeitsformen gedrängt werden.

Gefördert wird diese Entwicklung durch einen grundlegenden Strukturwandel in der Arbeitswelt, da ein zunehmender Anteil der 39 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland im Dienstleistungsbereich arbeitet: Schon 70% bezogen im Jahre 2002 ihr Einkommen im Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung, als Unternehmensdienstleister oder bei öffentlichen und privaten Dienstleistern. Gerade in diesen Bereichen gibt es weniger gewerkschaftlich organisierte

Lohnpolitik, und speziell bei den personenbezogenen Dienstleistungen besteht ein fünfmal höheres Risiko für Working poor.

Der Begriff „Working poor“ ist nicht eindeutig in der Literatur definiert. Der Anglizismus bezeichnet Menschen, die zwar Arbeit haben, deren Lebenslage dadurch aber nicht armutsfest ist. Als nicht armutsfest gelten Arbeitsplätze, für die das Einkommen weniger als 75 % des Durchschnitts-Bruttoeinkommens einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit beträgt. Aktuell liegen die entsprechenden Einkommensgrenzen bei weniger als 1600 €/Monat bzw. weniger als 1050 € netto /Monat. Ein zentrales Problem der Armutsdiskussion besteht darin, das Phänomen der Armut theoretisch hinreichend präzise zu bestimmen und empirisch zu erfassen. Umgangssprachlich wird Armut zumeist mit extremen Formen von Not, Elend und Hunger gleichgesetzt. Dies greift aber zu kurz, denn das Phänomen der Armut ist sehr komplex und erscheint je nach Definition anders. Ob jemand arm ist, ist interpretationsabhängig, es wird letztlich von politischen und normativen Umständen gesetzt.

Es ist nicht nur eine technische Frage, sondern eine Frage der gesellschaftlichen Übereinkunft, ab welchem Grad der Unterausstattung oder Unterversorgung Armut definiert wird. Die Antwort hängt entscheidend davon ab, welchen Grad an Ungleichheit von Lebenschancen und Lebensbedingungen eine Gesellschaft hinzunehmen bereit ist und ab welchem Grad an Ungleichheit ein sozialpolitischer Korrektur- und Handlungsbedarf besteht. Eine kluge Definition stammt von Oswald von Nell-Breuning, dem Nestor der katholischen Soziallehre: „Armut bedeutet den Mangel dessen, was Reichtum ausmacht!“

Insbesondere im so genannten tertiären Sektor, dem Dienstleistungssektor, ist die Diskrepanz zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage sehr hoch, da zum Teil die arbeitslos gewordenen Geringqualifizierten (das Risiko, arbeitslos zu werden, beträgt in dieser Gruppe 30 %) aus den klassischen Industriebereichen hier eine neue Zukunft suchen. Deswegen lassen sich gerade hier Stundenlöhne unterhalb von Tarifverträgen durchsetzen. Stammebelegschaften werden immer weiter abgebaut und stattdessen Zeitarbeitnehmer eingesetzt, die aber nur ca. 60-70 % des Normaleinkommens erhalten.

Immer wieder wird argumentiert, dass moderate Lohnsteigerungen (zum Teil unter dem Inflationsausgleich) die internationale Wettbewerbsfähigkeit bewahren. Da-

Ralf Welter (42) ist Diplom-Kaufmann und Lehrbeauftragter für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Aachen sowie für Sozialpolitik an der katholischen Fachhochschule Aachen. Er ist Mitglied der KAB-Bezirksleitung Aachen und Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.



Weitere Hinweise zur Kampagne „Arm trotz Arbeit“
im Internet unter www.arm-trotz-arbeit.de oder beim
Caritasverband für das Bistum Aachen unter
Tel. 02 41/4 31-1 28.

Arbeit – (ent)lohnt sich das?

Kampagne der Initiative gegen Armut im Bistum Aachen

Der „Bericht über die Armut in Europa“ macht deutlich, dass Menschen mit einer schlecht bezahlten oder prekären Beschäftigung besonders von Armut betroffen oder bedroht sind. Die Gruppe wird auch als die so genannten „Working poor“ bezeichnet. Die Betroffenen fallen trotz ihrer Erwerbsarbeit unter die Armuts-grenze. Sie sind gezwungen, zur Sicherung ihrer Existenz mehreren Erwerbstätigkeiten nachzugehen oder ergänzende Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Das Phänomen der „Working poor“ markiert also die Nahtstelle zwischen existenzsichernder Arbeit und Armut.

Noch weiß man über das Schicksal der Betroffenen nicht genug. Trotzdem schätzen Experten je nach Definition von Armut, dass etwa dreißig Prozent aller Arbeitsverhältnisse unter die Kategorie „Working poor“ fallen. „Working poor“ ist zu einem Massenphänomen geworden. Deshalb hat die Initiative gegen Armut im Bistum Aachen die Kampagne „Arm trotz Arbeit“ gestartet. In der ersten Phase geht es darum, die Lebensrealität der Menschen, die trotz Arbeit arm sind, ins Bewusstsein zu rücken. Die sozialen Dienste und Verbände, die Pfarrgemeinden und Initiativen sind aufgefordert, ganz individuelle Lebensbilder der Betroffenen zu erstellen. So soll die Lebensrealität vieler Menschen, die mit ihrem Einkommen kein Auskommen haben, etwas mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

Heinz Liedgens

mit wird ein Kaufkraftverlust von 10 % in den letzten 20 Jahren entschuldigt. Dem lässt sich entgegenhalten, dass Deutschland im Jahr 2002 einen neuen Rekord sowohl des Exportvolumens (ca. 700 Mrd. €) als auch des Exportüberschusses (ca. 150 Mrd. €) erreichen konnte. Denn die Lohnstückkosten, das ist der Anteil der Arbeitskosten an dem Wert des Guts, liegen nur im europäischen Mittelfeld. Der über Jahre vollzogene Kaufkraftverlust bei den Einkommen führte im Folgenden natürlich zu einem Sinken der Binnennachfrage und somit zu einem Rückgang des Wachstums in unserer Gesellschaft. Hätten wir im Jahre 2002 nicht die zunehmende Exportnachfrage und die Flutkatastrophe gehabt, wäre ein Negativwachstum von mindestens 1 % zu diagnostizieren gewesen.

„Prekärer Wohlstand“

Trotz des enormen Kaufkraft-Verlustes steigen die Löhne nur moderat. So gibt es immer mehr Bereiche, in denen eine Vollzeitarbeit das Working-poor-Kriterium erreicht. Daneben verlieren viele Arbeitnehmer ihre bisherige soziale Absicherung. Dass rund 2 % aller Berufstätigen nicht (mehr) krankenversichert sind, lässt sich mit der Zunahme der Scheinselbstständigkeit erklären. Außerdem werden niedrigere Altersabsicherungen realisiert. Gerade befristete Tätigkeiten lassen sich nicht mit einer ausgewogenen Lebensplanung vereinbaren (eine zurückgehende Geburtenrate ist ein beredtes

Beispiel hierfür). Als weiterer Aspekt ist die zwangsläufige Ausweitung der Arbeitszeit durch nicht abgerechnete Überstunden oder die zwangsweise Annahme mehrerer Jobs zur Sicherung eines Einkommensstandards zu nennen – 12 % der Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer sind hiervon betroffen. Beachtenswert ist noch, dass 72 % der von Working poor Betroffenen deutsche Frauen sind und 50 % im Angestelltenverhältnis arbeiten. 82 % der Betroffenen haben kein Abitur (Untersuchungen von Claus Schäfer, WSI 1995).

Alles zusammengenommen führt dies zu einer Ausweitung des „prekären Wohlstands“. Dazu zählen neben den 13,5 % Armen (relative Armut definiert als ein Einkommen, welches geringer ist als 50 % des Durchschnittseinkommens) noch jene 30 % der Bevölkerung hinzu, die sofort in Verarmungsprozesse hineingeraten, wenn die Arbeitsstelle verloren geht, da im Laufe der Erwerbsarbeit aufgrund des Einkommensdrucks keine materiellen Reserven aufgebaut werden konnten.

Aufklärung durch Lebensbilder

Nur ca. 50-60 % können ihre materielle Situation verbessern. Das Schlagwort von der Zwei-Drittel-Gesellschaft kann also empirisch untermauert werden. Nicht zuletzt wird hierdurch sowohl die Einkommens- als auch die Vermögensverteilung immer ungleicher. Zurzeit besitzen schon 8 % der reichsten Haushalte 50 % des Vermögens. Auf der anderen Seite wird das Lohn-



- abstandsgebot, also der Abstand zwischen Sozialhilfe und Einkommen, immer öfter verletzt. So wächst die Schwarzarbeit. Nach Schätzungen beträgt der Anteil der Schwarzarbeit an der gesamten Wertschöpfung jetzt schon 17 %, das sind 350 Mrd. €.
- Working poor ist ein Massenphänomen und untergräbt die Einstellung zur Erwerbsarbeit. Für die überwiegende Anzahl der Menschen hat diese aber eine nicht nur materielle, sondern auch immaterielle Bedeutung. Gerade deswegen hat sich im Bistum Aachen eine Initiative gegen Armut gegründet (www.arm-trotz-arbeit.de), in der vom Herbst 2002 bis Herbst 2003 Aufklärung zum Thema Working poor betrieben wird. Hier werden Lebensbilder, also biografische Skizzen, gesammelt, damit zum erstenmal alle Facetten dieses Phänomens ganz konkret deutlich gemacht werden.

Mehr armutsfeste Arbeitsplätze

Existenzsichernde Arbeit muss ein notwendiges Ziel jeder gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Forderung sein. Arbeitgeber sollen armutsfeste Arbeitsplätze schaffen. Dazu werden im Bistum Aachen auch Unternehmer gesucht, die sich neben den Gewinn maximierenden Prinzipien eines Shareholder-value-Kapitalismus, auch solche Zielsetzungen bewahrt haben. Mit dem Thema Globalisierung darf man keinen Kampf um niedrigere Lohnkosten führen, sonst werden die Wachstumschancen einer Gesellschaft durch zunehmende Verarmung und zu hohe Sparquoten (wegen der unsicher eingeschätzten Zukunft) immer geringer. Ziel muss es sein, eine gerechte Verteilung des immer geringer werdenden Arbeitsvolumens zu erreichen, und dies zu angemessenen Bedingungen. ◀

„Genau hinsehen!“

Aachens Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders zur Kampagne „Arm trotz Arbeit“

Fragen von Friedhelm Winterfaust

Caritas in NRW Herr Schröders, Caritasverband, Generalvikariat und Verbände im Bistum Aachen haben die Kampagne „Arm trotz Arbeit“ gestartet. Was ist der Hintergrund?

Burkard Schröders Leider ist die Zahl der Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit auf ergänzende Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sind, gestiegen. In dem aktuellen „Bericht über die Armut in Europa“ hat die Caritas festgestellt: In allen Ländern Europas leben Menschen in Armut. Besonders betroffen oder bedroht sind Menschen mit einer schlecht bezahlten oder prekären Beschäftigung, d. h. die Gruppe der so genannten „Working poor“. Gleiches gilt für Langzeitarbeitslose und Arbeitslose ohne ausreichende Absicherung.

Caritas in NRW Ein Ziel der Kampagne ist es, Lebensbilder von Betroffenen darzustellen. Was soll damit erreicht werden?

Burkard Schröders Die Caritas sagt in ihrem Leitbild, dass es vornehmstes und ureigenstes Ziel aller Caritasarbeit ist, insbesondere benachteiligte und schwache Menschen vor Ausnutzung und Ausgrenzung zu schützen. Voraussetzung dazu ist, dass wir die Lebenswirklichkeiten der Betroffenen kennen, dass wir mehr über ihre Situation erfahren. Deshalb ist es gut und wichtig, angesichts des neuen Phänomens der „Working poor“ genau hinzusehen.

Caritas in NRW Ist die Caritas in NRW damit vor neue Herausforderungen gestellt?

Burkard Schröders Unsere Gesellschaft ist und bleibt dadurch geprägt, dass Erwerbsarbeit den wichtigsten Zugang zu eigener Lebensvorsorge und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schafft. So hat unsere Gesellschaft lange funktioniert. Caritas versteht sich als Mitgestalter der sozialen Wirklichkeit. Das heißt, die Überwindung der Arbeitslosigkeit und eine menschenwürdige soziale Sicherung sind für uns zentrale Herausforderungen. „Armut trotz Arbeit“ muss überwunden werden. Sei es z. B. durch die Subvention der Sozialabgaben im Niedriglohnbereich, durch ein Existenzsicherndes Kindergeld oder auch – gerade für Menschen mit begrenzter Beschäftigungs- und Leistungsfähigkeit – durch einen geförderten zweiten Arbeitsmarkt.



Burkard Schröders ist Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Aachen.



Ravi, 10
Jahre Lebenserwartung

Zuschauen hilft nicht – Verantwortung ist weltweit.



Not sehen und handeln
Caritas

Kranke Kinder ...

... haben nur geringe Chancen, der Armut zu entkommen

Seine Mutter hat dieses Mädchen nie gesehen. Nach der Geburt verschwand die Frau aus dem Krankenhaus in der ostsibirischen Stadt Irkutsk, ihrem Neugeborenen hinterließ sie nichts außer dem tödlichen HI-Virus, den sie selbst im Körper trug. 16 Babys, alle geboren von drogenabhängigen Müttern, liegen derzeit in einer Station im Erdgeschoss der heruntergekommenen Klinik. Vitamintabletten und Antibiotika, das ist alles, was die Kinder bekommen.

Bis in die Neunzigerjahre galt Russland als HIV-frei, heute rechnen Experten mit 500 000 Infizierten. Besonders dramatisch ist der Anstieg der Infektionen unter Kindern. Dem steht eine katastrophale Versorgungslage entgegen. Den Kindern fehlt es an Medikamenten, Kleidung, Spielzeug und menschlicher Zuwendung. Caritas stellt nicht nur materielle Hilfen zur Verfügung. Ordensfrauen und Caritas-Helferinnen besuchen die Kinder, spielen mit ihnen und versuchen ihre oft dramatischen Entwicklungsrückstände aufzuholen.

1,4 Millionen Kinder unter 15 Jahren sind HIV-positiv. Bislang muss sich die Hilfe für sie darauf beschränken, ihre Leiden zu lindern. Parallel dazu unterstützt Caritas international weltweit Präventionsprogramme, in denen Kinder lernen, sich vor dem Virus zu schützen – solange es keine medizinische Lösung gibt der einzige Weg, der Epidemie entgegenzutreten.

In vielen anderen Fällen ist Hilfe wesentlich leichter zu stellen. Eine Impfeinheit gegen Röteln kostet elf Cent, ebenso billig ist die Zusatzversorgung mit Vitamin A, das entscheidend die Abwehrkräfte des Körpers gegen Infektionen stärkt. Einen kostengünstigeren und erfolgreicher Weg, Kinder zu wappnen für den Kampf gegen Armut und Not, gibt es nicht. Nur Kinder, die gesund sind, haben die Chance, die Schule zu besuchen oder eine Ausbildung zu absolvieren. Das weltweite Caritas-Netzwerk hilft ihnen dabei – als eine anwaltschaftliche Institution, die sich umfassend dafür einsetzt, Kindern und Jugendlichen eine Lebensperspektive zu eröffnen. ◀

Großplakat „10 Jahre Lebenserwartung“ zum Jahresthema 2003 des Deutschen Caritasverbandes: „Zuschauen hilft nicht – Verantwortung ist weltweit“.



Nicht mehr erwünscht

Die Streichung von Zuschüssen für ehrenamtliche Betreuungsvereine führt zum Rückzug der Wohlfahrtsverbände

Von Edgar Schwarzbach und Hans Jürgen Kocar

Der Caritasverband für die Stadt Duisburg wird seinen Betreuungsverein zum Jahresende 2003 schließen. Damit gibt der zumindest in NRW wahrscheinlich größte Betreuungsverein auf. Die Duisburger Betreuungsvereine der Arbeiterwohlfahrt und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes stellen ihre Arbeit ebenfalls ein. Ein Nachruf.

**GESCHLOSSEN
WEGEN SOZIAL-KAHLSCHLAG!**

Der Caritasverband Duisburg wurde 1964 als Vormundschaftsverein anerkannt. Seitdem hat er als traditionelle Aufgabe eines Wohlfahrtsverbandes Vormundschaften und Pflegschaften sowohl für Minderjährige als auch für Erwachsene geführt.

Im Zuge der Reform des Vormundschaftsrechtes sind die Duisburger Wohlfahrtsverbände 1992 an die Stadt Duisburg herangetreten, um eine effiziente Gestaltung der Betreuungslandschaft zu besprechen. Gut 1 200 Amtsvormundschaften führte die Stadt. Schnell war klar, dass eine Überführung dieser Betreuungen an die Betreuungsvereine für alle Seiten von Vorteil war:

- Die Betreuten freuten sich über häufigere Besuche, als sie es bei einer horrenden Fallzahl der städtischen Bediensteten gewohnt waren.
- Die Stadt konnte kommunale (Personal-)Kosten in den Länderhaushalt verlagern.
- Die Betreuungsvereine bekamen eine jahrzehntelang nicht (oder kaum) bezahlte Tätigkeit endlich finanziert.
- Und arbeitsmarktpolitisch sind eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze entstanden.

Edgar Schwarzbach ist Sachgebietsleiter Betreuung beim Caritasverband für die Stadt Duisburg, und Hans Jürgen Kocar ist Caritasdirektor in Duisburg.

Die vertraglichen Eckdaten sahen kurz zusammengefasst wie folgt aus:

Übernahme aller Amtsvormundschaften und aller neuen Betreuungen durch die Betreuungsvereine, dafür Erstattung

- der offenen Betreuerpersonalkosten nach Abzug der Vergütung
- von 15 v. H. der Bruttopersonalkosten der Betreuer als Sachkostenpauschale
- einer Schreibkraft ab sechs Betreuerstellen
- von 10 v. H. der Kosten einer Leitung ab fünf Betreuerstellen
- und eine Festbetragsförderung von ca. 20 000 € bei einer ganzen Querschnittskraft.

Dafür haben sich die Betreuungsvereine verpflichtet, eine Fallzahl von 50 Betreuten zu akzeptieren und wenigstens 1200 Stunden pro Vollzeitbetreuer mit den Gerichten abzurechnen. Diese Vereinbarung wurde im Jahr 2000 modifiziert, als die Fallzahl auf 40 gesenkt und die abzurechnenden Stunden auf 1340 erhöht wurden.

Die konkrete Personalausstattung sah für den Caritasverband wie folgt aus:

acht Betreuerstellen
(davon sieben über den Vertrag mit der Stadt finanziert)
– verteilt auf 14 (Teilzeit-)Betreuer/innen
1,5 Querschnittsmitarbeiterinnen
eine Stelle Sekretariat
ein Leiter

Die Kostenstruktur des Betreuungsvereins:

Die folgenden Zahlen beruhen auf tatsächlichen aktuellen Zahlen des Caritasverbandes Duisburg und sind durchschnittlich umgerechnet auf eine Vollzeitbetreuerstelle pro Jahr.

53 600 € Personalkosten
10 751 € Sachkosten
10 630 € Verwaltungsgemeinkosten

Summe: 74 981 € Gesamtkosten

Gibt es noch weitere Möglichkeiten der Kostenreduzierung? Die Personalkosten sind fix, da nach Tarif entlohnt. Bei den Sachkosten? Weniger als 260 € pro Monat Miete, zentrale Lage? Weniger schreiben? Weniger Fortbildung (180 €)? Weniger telefonieren (940 €)?

Bei den Verwaltungsgemeinkosten? Kann man 16 Mitarbeiter/innen allein lassen? Insbesondere unter Berücksichtigung der §§ 1836, 1908 b, 1908 e, 1908 f. BGB (Aufgaben, die der Verein als solcher wahrzunehmen hat)? Ist es möglich, einen Verein zu verwalten ohne Buchhaltung, ohne die offenen Positionen zu klären, Reklamationen zu bearbeiten, die Umsatzsteuervoranmeldung abzugeben etc.? Ist es nicht wesentlich rationeller, eine Sekretärin zu beschäftigen, die einen Brief in zehn Minuten nach Band getippt, abgeheftet und versandfertig gemacht hat als der unabhängige Betreuer, der für den selben Vorgang insgesamt 45 Minuten braucht (und auch abrechnet)? Und wer rechnet das korrekte Gehalt für den Mitarbeiter aus und führt auch die entsprechenden Summen an die Sozialversicherungsträger ab?

Nun gut, bei der Ich-AG sind das Tätigkeiten, die der Unternehmer in seiner Freizeit unentgeltlich zu erbringen hat. Bei einem Betreuungsverein ist das nicht möglich.

Erlössituation des Betreuungsvereins

Welche Erlöse kann ein tarifgebundener Betreuungsverein erzielen? Als maximale Arbeitsleistung kann man für angestellte Vereinsbetreuer im Schnitt 1 617 abrechnungsfähige Stunden pro Jahr theoretisch ansetzen. Und das Jahr muss reibungslos klappen, da dürfen nicht mehr als sechs Krankheitstage vorkommen, da dürfen keine Tätigkeiten ausgeführt werden, die nicht vergütungsfähig sind, oder gruppendynamische Missstimmungen passieren.

Der Bundesgerichtshof und das Oberlandesgericht Düsseldorf gehen übereinstimmend davon aus, dass von einer umsatzerzeugenden Arbeitszeit von rund 1 350 Stunden auszugehen ist. Diplomierte Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagogen/-innen erhalten nach dem Berufsvormündervergütungsgesetz einen Stundensatz von 31 €. An Auslagenersatz für Porto, Telefon, Fahrtkosten und Kopien werden auf eine Stunde umgerechnet 2,50 € gezahlt, so dass die Arbeitsstunde insgesamt mit 33,50 € bezahlt wird.

Damit wären theoretische Einnahmen pro Betreuer von 1 617 Stunden x 33,50 € = 54 169,50 € maximal möglich. Tatsächlich konnte der Caritasverband Duisburg im Schnitt der letzten vier Jahre 1372 Stunden pro Betreuer abrechnen, somit 45 962 € Erlösen. Den tatsächlich anfallenden Kosten pro Betreuerstelle von 74 981 € stehen tatsächliche Einnahmen aus Vergütungen von 45 962 € gegenüber.

Seit 1992 hat sich die Zahl der Betreuungsfälle – früher Vormundschaften – in NRW fast verdoppelt. Die Kosten sind explodiert, eine Änderung des Betreuungsgesetzes ist in Arbeit (siehe Caritas in NRW – AKTUELL 1/2003). Gleichzeitig hat die Landesregierung die Zuschüsse für die ehrenamtlichen Betreuungsvereine in Höhe von 4,1 Mio. Euro für 2003 komplett gestrichen, trotz massiver Proteste der Wohlfahrtsverbände (siehe Caritas in NRW – AKTUELL 4/2002). Aus Eigenmitteln können die Verbände diese Aufgabe oft nicht finanzieren, die Folge sind Schließungen. *Red.*

Die Arbeitsstunde für einen ausgebildeten Sozialarbeiter kostet in unserem Fall 54,65 €. Für die Arbeitsstunde unserer EDV-Firma zahlen wir 100 €, und deren Techniker schrauben an technischem Gerät herum und arbeiten nicht wie unsere Betreuer mit Menschen. Der gewährte Stundensatz für Betreuertätigkeiten ist für tarifgebundene Arbeitgeber jedenfalls nicht kostendeckend.

Rückblick auf zehn Jahre Betreuungsrecht

Es gab „schlimme“ Beschlüsse diverser Amts- und Landgerichte. Das Bundesverfassungsgericht hat leider erst 2001 z. B. die ständige Rechtsprechung des Landgerichtes Krefeld abgestraft, welches regelmäßig die Vergütung für Sozialarbeiter eines Betreuungsvereins zunächst unter Zugrundelegung eines Stundensatzes in Höhe von 20 DM, mit Beschluss vom 1. März 1995 dann in Höhe von 25 DM ...“ festgesetzt hatte. Das BVG forderte: „Unter Berücksichtigung, dass ein Vereinsbetreuer mit einer solchen Qualifikation dauerhaft vom Betreuungsverein nach BAT IV b (...) zu vergüten ist, wäre eine diesem Umstand angemessene Vergütung im oberen Bereich des Vergütungsrahmens (...) geboten gewesen.“ ▶

Foto: Peter Wirtz





- Wie gesagt, sechs Jahre zu spät. Was hat die Auseinandersetzung mit den Gerichten über eine angemessene Vergütungshöhe Kraft und Arbeitszeit gekostet. Es ist auch müßig nachzurechnen, welche Geldbeträge den Betreuungsvereinen durch nicht verfassungskonforme Auslegung des Betreuungsrechtes vorenthalten wurden. Festzuhalten bleibt, dass sich von 1992 bis 1998 die durchschnittlich gewährten Stundensätze nach dem seinerzeit geltenden Gesetz kontinuierlich nach unten entwickelt haben.

Mit Beschluss vom 15. 12. 1999 hatte das Bundesverfassungsgericht die gesetzlichen Regelungen insgesamt im Wesentlichen als verfassungskonform angesehen und grundsätzlich einen Stundensatz bestätigt, der nicht kostendeckend ist.

Mehrwertsteuer

Dann gab es die Information, eine Oberfinanzdirektion wäre der Meinung, Betreuer Tätigkeiten der Vereinsbetreuer unterliegen der Mehrwertsteuer. Und zwar rückwirkend für mehrere Jahre. Endgültige Rechtssicherheit und eine einheitliche Praxis vor Ort sind bis zum heutigen Tag noch nicht gegeben. Allerdings hat diese Mehrwertsteuerfrage zu einem erheblichen Arbeitsaufwand bei den Vereinen und den Gerichten geführt mit dem Ergebnis, dass im Wesentlichen staatlich gezahlte Mehrwertsteuer wieder an den Staat zurückgeführt wird, dass aber auch weiterhin ein unkalkulierbares Damoklesschwert über den Betreuungsvereinen wegen der nachträglichen Mehrwertsteuer schwebt.

Oder geht es eigentlich darum, die Gemeinnützigkeit der Wohlfahrtsverbände auf Sicht grundsätzlich in Frage zu stellen?

Querschnitt

Die Förderung für Gewinnung, Beratung, Begleitung, Fortbildung und Einführung ehrenamtlicher Betreuer ist in Nordrhein-Westfalen seit 1994 auf DM 41 000 (ca. 21 000 €) pro Vollzeitstelle als Festbetragsförderung begrenzt unbeschadet der Tarifsteigerungen seit genanntem Zeitpunkt. Wenigstens die Hälfte der Arbeitszeit soll für Querschnittsaufgaben verwandt werden. Mit der anderen Hälfte konnten Betreuungen geführt werden, also theoretisch wären Einnahmen von 800 Stunden mal 33,50 € = ca. 27 000 € möglich. Zusammen also ca. 48 000 €, bei bloßen Personalkosten von 53 600 €. Wie, bitte schön, soll das funktionieren? Andererseits ist der einzige Unterschied der Betreuungsvereine zu den Berufsbetreuern die Querschnittsarbeit.

Die vollständige Streichung dieser Förderung in NRW entzieht allen Betreuungsvereinen ihre Legitimationsgrundlage. Betreuungsvereine sind wohl offensichtlich nicht mehr erwünscht.

Ausblick

Es ist angesichts der Altersentwicklung schlechterdings in keinem Fall damit zu rechnen, dass die Zahl der eingerichteten Betreuungen sinken wird. Hilflös der Versuch, per Definition, wer nicht betreuungsbedürftig ist, oder über Krücken wie Vollmachten oder natürliche gesetzliche Vertretung die Zahl der Betreuungen nennenswert zu verkleinern. Das mag in gewissem Umfang funktionieren. Der Versuch endet an der Stelle, an der Sicherheitsbelange der Bürger tangiert werden (der brennende Herd bei der „schrulligen Nachbarin“) vor allem aber, wenn die Rechtssicherheit im Zahlungsverkehr berührt ist.

Zudem kommt die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Betreuungsrecht“ in ihrem Zwischenbericht zur Einschätzung: „Die Neuregelung der Rentenbesteuerung kann eine erhebliche Ausweitung der Zahl der erklärungs-pflichtigen Personen mit sich bringen. Ohne Änderung der derzeitigen Praxis müsste ein Betreuer allein deshalb bestellt werden, weil die erteilte Vollmacht nicht ausreicht, um eine Steuererklärung in Vertretung des Vollmachtgebers zu unterzeichnen.“ Die Zahl der insgesamt eingerichteten Betreuungen wird nicht sinken.

Da es offenkundig nicht um inhaltliche Verbesserung der Situation hilfsbedürftiger Menschen angesichts leerer Kassen geht, sondern ausschließlich darum, wie ein absolut notwendiges Muss mit so wenig Kosten wie eben möglich realisiert werden kann, bleibt noch der Weg der Entgeltbeschränkung.

Alles Weitere erledigen dann der Taschenrechner und der Verdrängungswettbewerb (Stichwort für Politiker: Marktbereinigung um nicht genügend qualifizierte Betreuer, Qualitätssteigerung etc.).

Fazit: Als tarifgebundener Arbeitgeber im Rahmen eines Betreuungsvereins können und wollen wir unter diesen Bedingungen nicht mehr konkurrieren. Es ist von vornherein auch nicht einsehbar, dass bei einer staatlichen Pflichtaufgabe der Leistungsanbieter auch noch eigenes Geld einsetzen soll. Deswegen wird der Betreuungsverein des Caritasverbandes Duisburg geschlossen. ◀

Zum Rechtsstreit um den Stundenlohn siehe „Neue Caritas“, Heft 3/2003.

Ausführlich dargestellt wird der Rechtsstreit um die Mehrwertsteuer in der Zeitschrift „Neue Caritas“, Heft 3/2003. Bezug: DCV, Tel. 07 61/2 00-4 20

Den ungekürzten Beitrag mit weiteren detaillierten Zahlen finden Sie im Internet: www.caritas-nrw.de/ Debatte

Was macht der Mensch da? Klebt Briefmarken?

Marke für Marke klebt Reinhard Göwert auf die leeren Briefumschläge der DKM Darlehnskasse Münster. Gut 10 000 jeden Monat, und das seit über 20 Jahren. Und mit großer Sorgfalt, damit möglichst keine Zacke aus dem Postwertzeichen bricht. Ehrenamtlich sorgt der pensionierte Beamte mit dafür, dass der Diözesancaritasverband Münster seit Jahren bundesweit an der Spitze beim Wohlfahrtsmarkenverkauf liegt. Der Zuschlagserlös aus den Marken, faktisch eine Spende in kleinsten Raten der Bank, wird geteilt. Der größere Teil finanziert Missionsprojekte in Brasilien, ein kleinerer die Arbeit der Caritas.

Dass das Kleben von inzwischen wohl an die drei Millionen Marken eine eher mechanische Tätigkeit ist, sagt Göwert selbst. Aber er hört dabei Musik aus seiner Klassik-CD-Sammlung. Bei der neuen Wohlfahrtsmarken-Serie hadert der 55-Jährige mit der Gummierung. Am besten klebt der Trabbi, VW Käfer und der Mercedes dagegen lösen sich schnell wieder ab.

Foto: Harald Westbeld



Caritas rückt zusammen

Gemeinsame Ausbildung zum Altenpfleger im Grenzraum Deutschland – Holland zeigt Probleme im Detail

Von Harald Westbeld

Wie unterschiedlich das Gleiche sein kann, lernt Reinhard Sicking gerade zusammen mit seinem niederländischen Kollegen Maurits Duzijn. Auf beiden Seiten der Grenze werden die Menschen immer älter, es müssen die gleichen Handgriffe in der Pflege getan werden, und es zeichnet sich hüben wie drüben ein Pflegemangel ab. Da lag die Idee für die beiden Leiter von Altenpflegeschulen nahe, es gemeinsam zu versuchen und einen Schüleraustausch zu starten.

Gewachsen ist daraus nach Kenntnis von Sicking, der das Fachseminar für Altenpflege der Caritas Ahaus in Rhede leitet, die europaweit erste grenzüberschreitende Pflegeausbildung. Vor gut einem Jahr begann die Vorlaufphase mit der Abstimmung der Unterrichtspläne, seit Oktober erproben die ersten Schüler sie. Ein Jahr Vorlaufzeit kommt Reinhard Sicking im Nachhinein als eher zu kurz vor, denn im Detail tauchen viele Unterschiede auf. „Wir hätten eigentlich noch ein Jahr mehr gebraucht.“ Das beginnt bei den Begriffen: „Wenn wir Pflege sagen, meinen die Holländer Sorge“, nennt er ein Beispiel. Das endet spätestens bei den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, die zur Deckung gebracht werden müssen, damit die ersten europäisch ausgebildeten Altenpfleger mit zwei Diplomen abschließen und sich anschließend beliebig eine Stelle in beiden Ländern suchen können.

Doch das ist wohl mehr eine Sorge der Schulleiter, weniger der Schüler. Wäre der Ort nicht bekannt und die Schilder nicht in Deutsch, fiel es schwer zu entscheiden, wo sie gerade das Laufen mit Gehhilfen üben, um ein

Gefühl dafür zu bekommen. Fast 50 junge Erwachsene verteilen sich dazu im Treppenhaus und den Fluren des Fachseminars in Rhede, niederländische und deutsche Worte mischen sich.

Bei allem Gleichen ist die Sprache natürlich ein großer Unterschied. „Heute habe ich zum ersten Mal die Schüler in Niederländisch begrüßt“, erklärt Reinhard Sicking. Seit eineinhalb Jahren nimmt er an einem Sprachkurs teil, die Kenntnisse des Plattdeutschen waren dabei hilfreich. Die Schüler haben einen ersten Crash-Kurs hinter sich. Vier Wochen lang lernen sie zehn Stunden die jeweils andere Sprache, für die restlichen drei Jahre dann drei Stunden pro Woche.

Die gemeinsame Pflegeausbildung umfasst insgesamt 600 Stunden mehr, pro Tag eine Stunde. Deswegen, erklärt Reinhard Sicking, sind die Bewerber sorgfältig ausgesucht und für diesen Kurs Hauptschüler mit Pflegeerfahrung nicht zugelassen worden. „Trotzdem hatten wir genügend Bewerbungen“, freut sich der Seminarleiter.

Schließlich gibt es für die Schüler aber nicht nur für sie gute Gründe für die zusätzlichen Anstrengungen einer grenzüberschreitenden Ausbildung. „Wir sehen hier eine Möglichkeit, die Pflegeausbildung interessanter zu machen“, nennt Sicking einen. Der Arbeitsmarkt wird geöffnet, was für die deutschen Altenpfleger interessant werden kann, weil sie in Holland leichter bis zu einem Pflegestudium aufsteigen können.

Interessant kann dies auch werden, weil Deutschland das einzige Land in Europa ist, in dem es – noch – ei-



ne getrennte Ausbildung für Alten- und Krankenpflege gibt. Für den ersten gemeinsamen Kurs ist aber die „modulare“ Unterrichtsweise von den Holländern übernommen worden. Das gerade in Kraft getretene bundesweite Altenpflegeausbildungsgesetz sieht dies auch vor.

Wie der erste Kurs genau verlaufen wird, wissen auch Reinhard Sicking und Maurits Duzijn noch nicht. In den ersten vier Wochen waren die deutschen Schüler in Almelo in Holland, um Kontakt aufzunehmen. Jetzt geht es für den nächsten Abschnitt in Rhede weiter, und zwischendurch sollen die Schüler Praktika in beiden Ländern absolvieren. Dafür bietet sich die in Holland übliche Vorgehensweise mit Lernfeldern an, in der sich Theorie und Praxis zu bestimmten Themen mischen. Am Ende steht immer eine „Kompetenzprüfung“. Reinhard Sicking vermutet, dass es bis zum Ende zehn Tests sein werden. „Jede bestandene Prüfung berechtigt zu weiteren Lernfeldern“, erklärt er. Jeder Schüler weiß damit immer genau, wo er steht, und ist nicht allein von der großen, abschließenden Prüfung abhängig.

Ziel: Arbeiten in beiden Ländern

Einige Unterschiede sind damit schon gleicher geworden. Weitere müssen im Prozess eingegeben werden. Dazu gehören auch kulturelle und biografische Unebenheiten. Ein deutscher Altenpflegeschüler aus einem früheren Kurs ist bei einem Praktikum in einem holländischen Altenheim von einem alten Mann heftig abgelehnt worden wegen seiner Kriegserlebnisse. „Glücklicherweise war das ein 38-jähriger Umschüler, der mit dieser Situation umgehen konnte“, sagt Sicking. Um das Verständnis für die biografischen Hintergründe zu erleichtern, sind zwei jeweils einwöchige Fahrten nach Berlin und Amsterdam geplant. Da sollen sich die

Schüler nicht nur untereinander besser kennen lernen können, sondern auch Hintergrundwissen zum jeweiligen Nachbarland erfahren.

Der Aufwand, diese gemeinsame Pflegeausbildung zu etablieren, ist nicht gering. Eine Projektgruppe ist gebildet worden, die die Fortschritte beobachtet und über die nächsten Schritte entscheidet. Dies verursacht Personalkosten. Auch die Schüler haben einen höheren Aufwand. Etwa eine Stunde Autofahrt ist zu rechnen zwischen Almelo und Rhede. Die holländischen Seminarteilnehmer bekommen keinerlei Bezahlung, aber mit den rund 600 Euro im Monat, die ihre deutschen Kollegen im ersten Jahr erhalten, ist das auch nicht zu finanzieren. Die Fahrtkosten müssen deshalb erstattet werden.

Von den Kosten trägt die Euregio die Hälfte, auf deutscher Seite das Land weitere 30 Prozent. Für die restlichen 20 Prozent, die die Caritas Ahaus als Eigenmittel hätte aufbringen müssen, aber dazu nicht in der Lage ist, sind der Kreis Borken und die Robert-Bosch-Stiftung eingesprungen.

An die Mittel der Euregio ist die Bedingung geknüpft, dass in einer wissenschaftlichen Auswertung nachgeschaut wird, ob die gemeinsame Pflegeausbildung tatsächlich dazu geführt hat, dass Altenpfleger in beiden Ländern arbeiten können und dies auch tun. Die Universitäten Dortmund und Enschede kümmern sich darum und begleiten schon die Ausbildungsphase.

Nach den ersten Wochen ist Reinhard Sicking optimistisch, was dieses Ziel angeht, denn es gibt hoffnungsvolle Indizien: „Die Schüler haben schneller Kontakt bekommen, als wir es erwartet haben.“ Beim zweiten Austausch setzten sie sich nicht mehr in Nationalitätengruppen an ihre Plätze, sondern mischten sich bunt nach Sympathie. Grenzen können offensichtlich überwunden, Unterschiedliches gleich werden. ◀

► Den Autor erreichen
Sie unter presse@caritas-muenster.de



Richtig lagern, richtig aufsetzen, Hebegriffe üben, Menschen stützen: Eine intensive Ausbildung ist die erste Grundlage für Grenzen überschreitendes Arbeiten.

Fotos: Westbeld

Hartes Ringen

Die Zukunft der europäischen Sozialpolitik liegt zwischen staatlicher Daseinsvorsorge und Wettbewerb auf dem freien Markt

Von Markus Lahrman

Wird der Betrieb von Krankenhäusern und Pflegeheimen, aber auch von Sozialstationen, Jugendheimen und gar Obdachlosenunterkünften auf einem deregulierten Markt demnächst EU-weit ausgeschrieben und dem kostengünstigsten Anbieter zugeschlagen?

Gelten dann deutsche, italienische, portugiesische oder – irgendwann nach der Erweiterung – polnische Standards? Oder überhaupt keine? Wird die staatliche Unterstützung von freien Trägern, die öffentliche, gemeinnützige und soziale Aufgaben erfüllen, von der EU als wettbewerbsverzerrende Beihilfe verboten?

Fragen, die die NRW-Caritas auf einer Tagung in der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ in Mülheim a.d. Ruhr mit Politikern und Experten diskutierte. Edith Müller, bündnisgrüne Haushalts- und Europapolitikerin im Landtag, warnte vor Illusionen: „Die Schritte für mehr Wettbewerb im sozialen Bereich sind gestellt, dem werden wir uns nicht widersetzen können.“ Das deutsche System der staatlichen Investitionskostenzuschüsse für Pflegeheime beispielsweise werde sich kaum halten können, wenn private Betreiber vor Gericht gegen Subventionen klagen. Sie rief die Wohlfahrtsverbände dazu auf, gemeinsam mit der Landesregierung nach Lösungen für eine abgestimmte EU-Politik im Bereich der Daseinsvorsorge zu suchen.

Heinz-Josef Kessmann, Caritasdirektor im Bistum Münster, wies auf einen entscheidenden Unterschied hin: Soziale Dienste als Teil der Daseinsvorsorge für den Bürger sind nicht im gleichen Maße „marktfähig“ wie Strom, Wasser oder Telefon und Post-Dienste. Es fehle dem Markt an Transparenz und den Kunden an „Marktmobilität“. Jedes Pflegequalitätssicherungsgesetz zeige doch, dass die Markt-Transparenz nicht funktioniere, betonte Kessmann. Anders gesagt: Man kann alten Menschen nicht zumuten, dass sie als Kunden auf einem deregulierten EU-Markt den Wettbewerb der Altenheime entscheiden. Die CDU-Landtagsabgeordnete Ilka Keller warnte ebenfalls vor unkalkulierbaren Folgen von reinem Wettbewerb in der Altenpflege: „Es kann nicht angehen, dass wir unsere Standards aufgeben“, sagte sie. Sie sprach sich dafür aus, die Diskussio-

nen mit der Bevölkerung zu verbreitern, und kritisierte das Europa der Experten.

Die EU-Kommission wird den Diskussionsstand zum Thema „Daseinsvorsorge“ in Kürze in einem „Grünbuch“ zusammenfassen. Noch scheint offen zu sein, welches Sozialmodell, welche sozialen Ziele die EU will. Carlo Knöpfel, Präsident der Arbeitsgruppe Sozialpolitik und Wirtschaft bei Caritas Europa, sieht innerhalb der EU ein Ringen: Das angelsächsische Sozialmodell großer Eigenverantwortung konkurriere mit dem rheinischen Kapitalismus, einer Mischung aus staatlicher und freigemeinnütziger Sozialvorsorge. „Wir müssen diesen Wettbewerb ernst nehmen“, forderte er. Je nachdem, welchem Modell man anhänge, müssten sehr verschiedene Maßnahmen beispielsweise zur Bekämpfung der Armut ergriffen werden.

Mit Nachdruck forderte Caritasdirektor Kessmann, dass auch zukünftig Pluralität der Anbieter und Träger und Wertorientierung der Akteure als Eckpunkte für einen EU-weiten Markt im Bereich soziale Dienste stehen müssen. Die Caritas will sich ihr aktives Engagement nicht nehmen lassen, dazu muss es strukturelle Förderung geben können, und es muss klar sein, dass Wettbewerb pur zu Fehlsteuerungen führen kann. Die Botschaft machte auch die Politiker nachdenklich. Edith Müller versprach, die Wohlfahrtsverbände zu einer Anhörung in den Europa-Ausschuss des Landtags einzuladen, und sie schlug vor, diese Diskussion auch auf kommunaler Ebene breit zu führen. Europa wird eben nicht nur in Brüssel gemacht.

NRW-Verfassungsrichter: Christliches Gedankengut in die europäische Verfassung aufnehmen

Essens Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes hatte zu Beginn der Tagung davor gewarnt, die soziale Sicherheit in Deutschland zu Gunsten einer einheitlichen Gemeinschaftsregelung zu opfern. Die Caritas in Nordrhein-Westfalen werde sich der sozialpolitischen und kirchenpolitischen Dimension der europäischen Einigung verstärkt zuwenden, kündigte Meiwes an. Unterstützung für die Anliegen der Kirchen forderte Peter Tettinger, Richter am Verfassungsgerichtshof für NRW. Die gemeinsamen christlichen Grundwerte müssten in der Debatte um eine europäische Verfassung stärker als bisher auftauchen. Inzwischen sei die Amtskirche „wach geworden“ und bemühe sich „ein bisschen spät“, christliches Gedankengut in die Formulierungsvorschläge des Europäischen Verfassungskon-

Carlo Knöpfel,
Präsident der Arbeits-
gruppe Sozialpolitik und
Wirtschaft bei Caritas
Europa



vents einzubringen, sagte Tettinger, der auch Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre an der Universität zu Köln ist.

In der Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union komme die Verantwortung vor Gott lediglich in der deutschen Fassung zum Ausdruck. Dort sei die Rede von einer Union im „Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes“, eine Formulierung, die in den anderen europäischen Fassungen ohne religiöse Komponente verwendet werde. „Wir tun in



Deutschland derzeit alles, unsere christliche Basis zu liberalisieren“, warnte Tettinger, aber in Europa sehe es „noch schlechter“ aus. ◀

*V. l. n. r.: Heinz-Josef Kessmann, Diözesan-Caritasdirektor Münster, Edith Müller, B90/Grüne, Ilka Keller, CDU, Dietmar Brockes, FDP, alle MdL NRW
Fotos: Lahrmann*

Europa vor der Haustür

Grenzüberschreitende Kontakte werden für die Caritas Aachen zu Impulsgebern

Die ersten Kontakte zwischen dem Caritasverband für das Bistum Aachen und der Caritas Flandern kamen im Jahre 1994 zu Stande. Damals kamen die Caritasdirektoren der vier flämischen Diözesen in Belgien zu einem Informationsbesuch. Solche Kontakte und Informationen prägen das weltweite Caritas-Netzwerk.

Aufgrund mehrerer Personalwechsel sowohl in Aachen als auch bei der Caritas Flandern in Brüssel konnte die Idee eines Gegenbesuches erst im Juni 1998 verwirklicht werden. Bei diesem Besuch wurde verabredet, einen regelmäßigen Kontakt zum Diözesan-Caritasverband (DiCV) Limburg – in unserer belgischen Nachbardiözese – zu pflegen und andererseits den fachlichen Austausch insbesondere zum Thema Freiwilligenarbeit zu fördern.

Da die Freiwilligenarbeit der Caritas in Flandern aus fachlicher Sicht äußerst innovativ und leider in Deutschland nahezu unbekannt ist, war es nicht schwer, auch die Verantwortlichen aus den regionalen Caritasverbänden im Bistum Aachen für dieses Thema zu interessieren, und so fand im Sommer 2001 erstmals eine eintägige Studienfahrt zu ausgesuchten Projekten der Freiwilligenarbeit der Caritas Flandern statt. Dabei begeisterten insbesondere die einwöchigen Jugendcamps, die die Caritas in Altenheimen und Behinderteneinrichtungen in den Sommerferien organisiert. Hier können mehrere Jugendliche als Gruppe eine Woche lang eine Caritaseinrichtung kennen lernen und organisieren während dieser Zeit für die Bewohner ein besonderes Freizeit-

programm. Rund 400 Jugendliche vermittelt die Caritas Flandern alljährlich in solche Camp-Maßnahmen. Die Jugendlichen leben in dieser Woche gemeinsam in der Einrichtung.

Im letzten Sommer haben erstmals drei Jugendliche aus Mönchengladbach an einem Jugendcamp in einem Altenheim in der Nähe Antwerpens teilgenommen. Die Erfahrungen waren so positiv, dass in diesem Jahr ein deutsches Altenheim bei dieser Aktion der Caritas Flandern mitmachen wird. Das Beispiel macht deutlich, wie grenzüberschreitende Kontakte der eigenen Arbeit neue Impulse geben können. Die Idee überzeugte auch die Robert-Bosch-Stiftung, die dieses Projekt mittlerweile bezuschusst.

Obwohl Strukturen und Rahmenbedingungen der Caritas in Belgien sich sehr von denen der Caritas im Bistum Aachen unterscheiden, so bietet diese Andersartigkeit aber auch ungeahnte Chancen und Möglichkeiten. Da viele Deutsche Flämisch zumindest verstehen und viele belgische Partner Deutsch sprechen, gibt es auch keine Verständigungsprobleme. Die Kontakte des DiCV Aachen zur Caritas Flandern sind nicht zuletzt deshalb so erfolgreich, weil sie im wahrsten Sinne des Wortes nahe liegend sind. Für die Aachener beginnt Europa sozusagen vor der Haustür. ◀

Werner Schumacher

*Die Angst vor Sprachbarrieren zeigte sich als unbegründet. Die deutschen Jugendlichen waren überrascht, wie gut die Verständigung mit den belgischen Senioren gelang.
Foto: Caritas Aachen*



Straßenfußball-Tournee

Südafrikanische Streetkids „on Football-Tour“

„Zuschauen hilft nicht — Verantwortung ist weltweit“, so lautet das Jahresmotto 2003 der Caritas. In diesem Zusammenhang organisiert Caritas International gemeinsam mit einigen Diözesan-Caritasverbänden im Mai die Tournee einer Fußballmannschaft von Jugendlichen aus verschiedenen Projekten der Caritas für Straßenkinder.



South African Streetkids Football Tour 2003



16 jugendliche „streetkids“ aus einem Township in Kapstadt werden dann in Deutschland erwartet. Michael Skibbe, Bundestrainer und Jugendkoordinator des Deutschen Fußballbundes (DFB), hat die Schirmherrschaft für diese Aktion unter dem Motto „Auf der Straße spielen statt leben“ übernommen.

Skibbe wird die Reisegruppe am 2. Mai in Frankfurt empfangen, vom 15. bis 19. Mai weilt sie in Köln. Am 16. Mai verbringen die Jugendlichen einen ganzen Tag mit Profis und Verantwortlichen des 1. FC Köln und nehmen am Training der Bundesligamannschaft teil. Außerdem steht ein Fußballspiel gegen eine Jugendmannschaft des Vereins auf dem Programm. Beim letzten Heimspiel der Saison, am 18. Mai, werden die Jugendlichen ganz nah bei der Mannschaft im Stadion sein und im Rahmenprogramm bei ausverkauftem Stadion vorgestellt werden. Es handelt sich dabei höchstwahrscheinlich um das „Aufstiegsspiel“ des 1. FC Köln in die 1. Fußball-Bundesliga.

In Aachen (19.-22. Mai) steht ein Besuch bei den Profis von Alemannia Aachen und ein Empfang im Rathaus auf dem Programm. Es soll aber auch viel Zeit sein für die Begegnung mit anderen Jugendlichen, so wollen beispielsweise die Pfadfinder den Gästen ihre Stadt zeigen. Die Jugendlichen kommen aus Khayelitsha, einem großen Township in der Nähe von Kapstadt. Aachen verbindet seit drei Jahren eine Agenda 21-Partnerschaft mit Khayelitsha. Im Bistum Essen wird die Tour (22.-26. Mai) zu einem Kontakt mit dem FC Schalke 04 führen. ◀

Werner Schumacher / Heinz Müller

Maison Shalom nominiert für Kindernobelpreis 2003

Caritas international fördert Projekt in Burundi seit 1994

Die Wahlen zum Kindernobelpreis können über das Internet oder auch über Aktionen von Schulen und Gruppen erfolgen. www.childrensworld.org/wcpswe/2003/nominerade/Burundi/engelska/index.asp (Nominierung Maison Shalom), www.childrensworld.org/wcpswe/engindex.asp (Homepage).

Das Maison Shalom in Burundi und seine Leiterin Marguerite Barankitse sind als einer von drei Kandidaten für „The World's Children's Prize“, bekannt als der Kindernobelpreis, ausgewählt worden. Das Projekt wird seit 1994 maßgeblich von Caritas international gefördert. Der „World's Children's Prize for the Rights of the Child“ wird jährlich von der schwedischen Organisation Children's World vergeben. Hunderttausende Kinder auf der ganzen Welt sind aufgerufen, den diesjährigen Preisträger zu wählen. Die beiden anderen Kandidaten kommen aus dem Sudan und aus Brasilien. Der Gewinner wird am 22. April veröffentlicht, die Preisverleihung findet am 28. April auf Schloss Gripsholm in Marieford, Schweden, statt.

Im Maison Shalom in Burundi

leben 300 Hutu- und Tutsi-Kinder im Alter von sechs Monaten bis 16 Jahren, die nach ethnisch motivierten Massakern ihre Eltern verloren haben. „Die Kinder teilen denselben Schmerz und haben ein Recht auf dieselbe Behandlung“, sagt Marguerite Barankitse. „Die Erfahrungen von Gewalt und Verlust der Familie kann ich ihnen nicht nehmen, aber ich kann ihnen beibringen, in einer Gemeinschaft zusammenzuleben.“ Kinder und Erzieherinnen zeigen mit ihrem Zusammenleben im „Maison Shalom“, dass ethnische Spannungen abgebaut werden können.

Das erste Maison Shalom entstand nach einem Massaker im Oktober 1993.

Barankitse gelang es bei einer blutigen Auseinandersetzung, 25 Kinder zu verstecken und ihnen damit das Leben zu retten. ◀

